



Bezahlbarer Wohnraum für Hamburgs Beschäftigte

SPD reagiert auf Forderung der **DPoIG Hamburg**

Zur Steigerung der Attraktivität der Freien und Hansestadt Hamburg (FHH) als Arbeitgeber forderte die **DPoIG Hamburg** wiederholt unter anderem die Schaffung bezahlbaren Wohnraums für Nachwuchskräfte und Beschäftigte unterer und mittlerer Einkommensgruppen.



© Pixabay

> Das Leben in Hamburg muss man sich leisten können.

Nun scheint die Bedeutung dieses wichtigen Bausteins zur Attraktivitätssteigerung in einigen Köpfen der Politik angekommen zu sein. Die SPD Hamburg verabschiedete auf ihrem am 9. März durchgeführten Landesparteitag den Antrag an den Senat, zu prüfen, „ob sich mehr günstiger Wohnraum für Beschäftigte der Stadt schaffen lasse“. Dazu der Landesjugendleiter der

DPoIG Hamburg, Nicholas Kriegk: „Gerade für Nachwuchskräfte der Freien und Hansestadt Hamburg ist es zunehmend schwierig, bezahlbaren Wohnraum in Hamburg zu finden. Dies spiegelt sich auch in den Bewerberzahlen für einen Ausbildungsplatz zum Bei-

spiel bei der Polizei Hamburg im Vergleich zu anderen Metropolen wie Berlin oder München wider, in denen eine Hauptstadt- oder Ballungsräumzulage gezahlt wird. Ich fordere den Senat auf, für die Beschäftigten der FHH eine Stadtstaatenzulage einzufüh-

ren.“ Die Zahlung einer entsprechenden Zulage oder die Schaffung von Dienstwohnungen ist nach Auffassung der **DPoIG Hamburg** ein Schritt in die richtige Richtung, damit sich der Fachkräftemangel auch bei der Hamburger Polizei nicht noch weiter verschärft. Der Landesvorsitzende der **DPoIG**, Thomas Jungfer, macht deutlich: „Fachkräfte der Hamburger Behörden, die im Umland bezahlbaren Wohnraum gefunden haben, neigen zu einem wohnortnahen Arbeitsplatz und wandern ab. Nicht zuletzt, weil mittlerweile im Hamburger Umland auch besser bezahlt wird. Ich fordere den Senat auf, nun endlich Taten folgen zu lassen, die Attraktivität der FHH auch durch Schaffung bezahlbaren Wohnraums zu steigern und den Beschäftigten der Stadt Hamburg sowie potenziellen Bewerbern auf einen Ausbildungsplatz eine vernünftige Perspektive zu bieten.“

Der Landesvorstand

> Gebühr für Ingewahrsamnahmen

Auf der Suche nach Einnahmen hat sich der Hamburger Senat bereits Anfang des Jahres 2023 dazu entschlossen, Gebühren für Ingewahrsamnahmen durch die Polizei Hamburg – fast ausnahmslos – kostenpflichtig zu machen. Unter Vernachlässigung, dass es zu den hoheitlichen Aufgaben des Staates gehört, für Recht und Ordnung zu sorgen, wurde eine minutiöse und detaillierte Gebührenverordnung an die Polizei erlassen. Worum man sich nicht gekümmert hat, ist die Schaffung einer EDV-gestützten Lösung, welche es den sowieso schon überlasteten Kolleginnen und Kollegen an den Dienststellen ermöglicht, diese zusätzliche Aufgabe in adäquater Zeit zu bewältigen. Nach alter Hamburger Sitte hat man einfach zusätzliche, nicht miteinander verknüpfte, vor Medienbrüchen strotzende Vordrucke eingeführt! Trauriger Standard also. Und damit die „Vordruckkunde“ auch sofort stattfinden kann, wurde die retrograde Erstellung von Kostenberichten für den gesam-

ten Januar gleich mit angeordnet. Nach dieser Vorstellung soll die Polizei eine Million Euro generieren. Unter den jetzigen Voraussetzungen stelle man sich mal „solvente“ Aktivisten oder Fußballfans vor, welche durch diese ausufernde Bürokratie die Möglichkeit hätten, die Einsatzkräfte so zu schwächen, dass der polizeiliche Auftrag gefährdet würde!? Die **DPoIG Hamburg** fordert die umgehende Erstellung eines Kriterienkataloges, nach dem realistisch durchführbare und Erfolg versprechende Kosten- beziehungsweise Gebührenbescheide durch die Kolleginnen und Kollegen erstellt werden sollen. Hierzu gehört vor allem auch, dass ComVor so ertüchtigt wird, dass eine tatsächliche COMputerunterstützte VORgangsbearbeitung gewährleistet ist. Niemand, auch eine Weltstadt wie Hamburg sie sein will, kann es sich leisten, dass ihre Polizei für den „Papierkorb“ oder „Umme“ arbeitet – davon haben wir bereits zur Genüge.

Impressum:

Redaktion:
Frank Riebow (v. i. S. d. P.)
Erdkampsweg 26
22335 Hamburg
Tel. (0 40) 48 28 00
Fax (0 40) 25 40 26 10
Mobil (01 75) 3 64 42 84
E-Mail: FRHamburg@gmx.de
Landesgeschäftsstelle:
Holzdamm 18, 20099 Hamburg
Tel. (0 40) 25 40 26-0
Fax (0 40) 25 40 26 10
E-Mail: dpolig@dpolig-hh.de
Geschäftszeit: Montag bis
Donnerstag, 9.00 bis 17.00 Uhr,
Freitag, 9.00 bis 15.00 Uhr
Fotos: Andreas Dubsy, Fabian
Rockhausen, Frank Riebow,
Pixabay, **DPoIG Hamburg**
ISSN 0723-2230





DPoIG Hamburg zieht Bilanz – Landesausschuss tagte

DPoIG: Erfolgreiche Gewerkschaftsarbeit für unsere Kolleginnen und Kollegen!

Ende Februar tagte der Landesausschuss der **DPoIG Hamburg** und bilanzierte das Jahr 2023 aus gewerkschaftspolitischer Sicht. Der Landesausschuss setzt sich aus allen Fachbereichen und Sonderorganisationen der **Deutschen Polizeigewerkschaft** sowie den Ehrenvorsitzenden und Ehrenmitgliedern zusammen, repräsentiert somit alle Mitglieder der **DPoIG Hamburg** und ist das zweithöchste Beschlussgremium unserer Gewerkschaft nach dem Landeskongress.

gener Tag, welcher noch lange nachhallte. Nach den Coronajahren war die **DPoIG** wieder vollumfänglich in der Einsatzbegleitung verschiedener Großeinsätze aktiv. Hervorzuheben ist hier der Einsatz zum Tag der Deutschen Einheit am 3. Oktober 2023. Mit der Unterstützung der Landesverbände aus Baden-Württemberg, Brandenburg, Bremen, Niedersachsen und Schleswig-Holstein sowie der JUNGEN POLIZEI war die **DPoIG** rund um die Uhr zur Betreuung der eingesetzten Kolleginnen und Kollegen unterwegs.



➤ **Ohne Personal ist alles nichts**

Immer wieder werden nicht alle Stellen in den Laufbahnabschnitten I und II zu den Einstellungsterminen besetzt. Die von Innensenator Andy Grote (SPD) avisierte Zahl, den Vollzug auf 8.000 Stellen zu erhöhen, ist bei Weitem noch nicht erreicht. Es fehlen immer noch Kolleginnen und Kollegen in allen Laufbahnzweigen der Polizei. Die Einstellungsoffensive muss deshalb uneingeschränkt

Landesvorsitzender Thomas Jungfer eröffnete und leitete die Sitzung des Landesausschusses. Er begrüßte zunächst unter anderem ganz herzlich die Ehrenvorsitzenden Hermann-J. Friederich und Joachim Lenders. Im Mittelpunkt des Landesausschusses stand die aktuelle Situation der Hamburger Polizei und die gewerkschaftlichen Aktivitäten. So wurde unter anderem von der **DPoIG Hamburg** am 22. März des vergangenen Jahres ein Symposium mit dem Titel „Deutschland im Krisenmodus und mittendrin die Polizei“ im großen Sitzungssaal des Polizeipräsidiums veranstaltet. Analysiert und bewertet wurden, mit hochrangigen und namhaften Gästen aus Politik und Gesellschaft sowie zahlreichen Kolleginnen und Kollegen

der Hamburger Polizei, die aktuelle gesellschaftliche Lage und die damit verbundenen Auswirkungen auf die Polizei. Eröffnet wurde das Symposium vom ehemaligen CDU-Bundestagsabgeordneten und Innenpolitiker Wolfgang Bosbach mit einem Impulsvortrag. Kolleginnen und Kollegen aus dem Polizeivollzug berichteten authentisch, was es bedeutet, Polizistin und Polizist in Hamburg zu sein. Zu den weiteren Gästen zählten unter anderem der Bundesvorsitzende der **DPoIG**, Rainer Wendt, MdB Christoph de Vries (CDU), Innensenator Andy Grote (SPD), der damalige Polizeipräsident Ralf Martin Meyer und der Chefredakteur des „Hamburger Abendblatt“, Lars Haider. Eine Podiumsdiskussion mit Thomas Jungfer (**DPoIG**

Hamburg, Landesvorsitzender), Polizeipräsident Ralf Martin Meyer, Lars Haider, Sina Imhof (Bündnis 90/Die Grünen), Ekkehard Wysocki (SPD) und Dennis Gladiator (CDU), moderiert von Jana Werner, rundete die Veranstaltung ab. Ein sehr gelun-



➤ Rechtsanwalt Dr. Dieter Struck informierte zum Sachstand amtsangemessene Alimentation.

© Fabian Rockhausen (4)



fortgeführt werden, damit alle Stellen in der Schutz-, Wasser- und Kriminalpolizei besetzt werden können. Auch in der Verwaltung gibt es erhebliche Probleme, Stellen neu zu besetzen, insbesondere aber im Bereich der Angestellten im Polizeidienst (AiP). Es gehört zu den wichtigsten Aufgaben der **DPoIG**, dafür zu kämpfen, dass unsere Kolleginnen und Kollegen die Anerkennung erhalten, die sie verdienen. Wertschätzung bemisst sich auch in Euro, dieser gewerkschaftliche Leitsatz hat aus unserer Sicht nichts von seiner Aktualität eingebüßt – ganz im Gegenteil, wie die Konkurrenzsituation beim Kampf um die besten Köpfe und der Fachkräftemangel auf dem Arbeitsmarkt zeigen. Die Höhe der Dienstbezüge oder Arbeitsentgelte und der Zulagen für die jeweiligen Tätigkeiten, die Rahmenbedingungen an den verschiedenen Dienststellen der Polizei einschließlich der Arbeitsbedingungen vor Ort sind immer wieder Themen auf der gewerkschaftlichen Agenda der **DPoIG**. Da spielt es keine Rolle, ob es um Probleme und Fragestellungen für die Kolleginnen und Kollegen des Polizeivollzuges, die verbeamteten Kolleginnen und Kollegen aus der Verwaltung oder um berechnete Anliegen unserer tarifbeschäftigten Kolleginnen und Kollegen geht. Dafür braucht es immer einen langen kämp-



Landesvorsitzender Thomas Jungfer bedankte sich bei Merle Reichelt für ihre langjährige, ehrenamtliche Tätigkeit.

ferischen Atem, denn Erfolge kommen nicht von selbst. Sei es beispielhaft bei der Durchsetzung der Erhöhung der Taucherzulagen, die Zahlung einer Zulage für die Kolleginnen und Kollegen im LKA 6 oder 7 oder die generelle Anpassung der Erschwerniszulagenverordnung. Auch die Einführung der zweigeteilten Laufbahn bei SCH und in der WSP ist ein ständiges Thema der **DPoIG Hamburg**. In Sachen amtsan-gemessener Alimentation kämpft die **DPoIG** unermüdlich zusammen mit dem dbb Hamburg gegen die Stadt Hamburg und sieht sich weiterhin im Recht. Zu diesem Thema stellte sich Rechtsanwalt Dr. Dieter Struck den Fragen aus dem Ple-

num. Dr. Struck vertritt einige Musterkläger der **DPoIG Hamburg** und begleitet das Verfahren schon seit dem Jahr 2011. Der Landesausschuss diskutierte engagiert über die Personalsituation, die Einsatzbelastung, die fehlenden Ressourcen in der Polizei, die mangelnde Berufsattraktivität, die dringend notwendige Einführung der zweigeteilten Laufbahn, die Wiedereinführung der Ruhegehaltsfähigkeit der Polizeizulage sowie deren Erhöhung und die verstetigte Einstellung von AiP. Die Polizei muss ein attraktiver Arbeitgeber werden. Auch unsere wenigen Verwaltungsbeamten verdienen ein Attraktivitätsprogramm, damit endlich die Fluktuation zu anderen

Ämtern und Behörden gestoppt wird und sie die Anerkennung erfahren, die sie verdienen.

Die **DPoIG Hamburg** ist eine „gesunde“ Gewerkschaft

Die Rechnungsprüfer bescheinigen dem Landesvorstand, mit den Mitgliedsbeiträgen sorgsam umzugehen. Der im Anschluss vorgestellte Haushaltsentwurf 2024 wurde einstimmig beschlossen. Ein weiterer wichtiger Tagesordnungspunkt war eine erforderliche Wahl, um eine Funktion innerhalb des Fachbereiches Schutzpolizei personell neu zu besetzen. Pascal Kühne wurde in der Nachfolge von Merle Reichelt zum stellvertretenden Fachbereichsvorsitzenden Schutzpolizei gewählt. Merle Reichelt hatte aus persönlichen Gründen das Amt zur Verfügung gestellt. Unser Landesvorsitzender bedankte sich bei ihr für ihre geleistete Arbeit. Wir wünschen Pascal Kühne eine erfolgreiche Arbeit, alles Gute und viel Durchsetzungskraft.

Der Landesvorstand





Innere Sicherheit im Fokus der UEFA EURO 2024

Ende Februar veranstaltete der Fachbereich Schutzpolizei der **DPoIG Hamburg** ein Tagesseminar zum Thema „Social Engineering und Sicherheitskonzepte zur UEFA EURO 2024“.

Das Seminar wurde freundlicherweise von der Debeka Hamburg unterstützt und fand in den dortigen Räumlichkeiten statt. Diese Veranstaltung wurde in Zusammenarbeit mit der „Allianz für Sicherheit in der Wirtschaft Norddeutschland e. V.“ (ASW) und der **Deutschen Polizeigewerkschaft** organisiert. Die Allianz stellt eine bedeutende Plattform für den fachlichen Austausch und die Weiterentwicklung der Sicherheitsstrategien in Hamburg dar. Das Seminar war überaus gut besucht, fast 60 Teilnehmer waren dabei, darunter circa 20 Vertreter aus der Sicherheitsdienstleistungsbranche. Es bot einen breiten Überblick über bevorstehende Herausforderungen und Lösungsansätze. Nach der herzlichen Begrüßung der Referenten und Teilnehmer durch den Landesvorsitzenden Thomas Jungfer, der den beiden Initiatoren Markus Wagemann (Geschäftsführer des ASW Nord) und Pascal Kühne (Polizei Hamburg – SP 1.1) seinen Dank aussprach, eröffnete Hans-Christian Rathke vom Planungsstab – verantwortlich für den Bereich Hamburg – der EURO 2024 das Seminar. Rathke gewährte spannende Einblicke in das umfangreiche Sicherheitskonzept für das bevorstehende Fußballerevent. Er erläuterte Maßnahmen wie die Aufstockung des Personals an den Spielorten und die geplanten Vorkehrungen gegen mögliche Hitzeperioden, was verdeutlichte, welcher enorme Aufwand im Vorfeld einer Großveranstaltung wie der UEFA EURO 2024 betrieben wird. Die Vorträge der Hamburger Polizei, präsentiert von Poli-

zeidirektor Claus Reuter und EPHKin Julia Erdmann, lieferten beeindruckende Zahlen und Fakten. Die Verkaufszahlen von rund 135.000 Tickets und die



Landesvorsitzender Thomas Jungfer freut sich mit dem Referenten Hans-Christian Rathke, dem ASW-Nord Geschäftsführer Markus Wagemann und Michael Willer, Geschäftsführer der Human Risk Consulting GmbH, über ein gelungenes Seminar (von links).

enorme Anzahl von circa 140.000 Anträgen auf Zuverlässigkeitsüberprüfung spiegeln die Dimensionen dieses sportlichen Großereignisses wider. Besonders interessant war die geplante Fanzone auf dem Heiligengeistfeld, die bis zu 40.000 Besucher aufnehmen soll. Im Anschluss an die Vorträge standen die Referenten den Teilnehmern für eine lebhafte Diskussion zur Verfügung, die wichtige Aspekte vertiefte und auch neue Ideen

hervorbrachte. Während der Mittagspause bot sich nicht nur Gelegenheit zur Stärkung, sondern auch zum intensiven Austausch untereinander. Im Anschluss beleuchtete Michael Willer, Geschäftsführer der „Human Risk Consulting GmbH“, humorvoll und fachkundig die Mechanismen des „Social Engineering“. Die Brisanz dieses Themas für die Prävention unter anderem von Cybercrime oder zur physischen Angriffssimulation von Sicher-

heitsmaßnahmen von sicherheitsempfindlichen Bereichen wurde eindrucksvoll verdeutlicht. Den krönenden Abschluss bildete das Schlusswort von Martin C. Wolff, Vorsitzender des Clausewitz Netzwerks für Strategische Studien an der Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg. Per Fernschaltung lieferte er wertvolle Einblicke in die strategischen Überlegungen im Bereich der Sicherheitspolitik und analysierte die aktuelle geopolitische Lage sowie deren potenzielle Auswirkungen auf die Sicherheit in Deutschland. Insgesamt war das gemeinsame Tagesseminar ein großer Erfolg und unterstrich die Bedeutung der partnerschaftlichen Zusammenarbeit zwischen Polizei und Sicherheitsdienstleistern. Es bleibt zu hoffen, dass solche Kooperationen in Zukunft weiter ausgebaut werden, um gemeinsam den Herausforderungen der inneren Sicherheit effektiv zu begegnen.

Fachbereich Schutzpolizei





Ohne Vertrauensleute läuft nichts

Vor wenigen Wochen kamen die Vertrauensleute des Fachbereiches Verwaltung der **DPoIG Hamburg** zu einer zweitägigen Arbeitstagung in der Geschäftsstelle zusammen.



© Frank Riebow (3)

Ziel war es, dass sich die Kolleginnen und Kollegen ohne Zeitdruck über die strategische Ausrichtung der Gewerkschaftsarbeit austauschen konnten. So haben Gewerkschafter aus der Polizei und aus dem Landesbetrieb Verkehr über mögliche neue Wege in der gewerkschaftlichen Arbeit und Betreuung diskutiert. Wichtig waren hier Themen wie die Mitgliederbindung, ein Welcome Day für Neumitglieder, die besondere Ansprache für junge Kollegen und die Möglichkeiten der gewerkschaftlichen Arbeit im Umgang mit digitalen Medien. Natürlich gehörte auch ein Austausch mit dem Landesvorstand auf Augenhöhe dazu. Gerade für unsere jungen Nachwuchskollegen und Vertrauensleute ist ein direkter Kontakt zur Landesspitze wichtig und zugleich Impuls sowie ein zusätzlicher Motivationsschub. Landesvorsitzender Thomas Jungfer und auch sein Erster Stellvertreter Kle-



> Das Media-Team der **DPoIG Hamburg** informierte über die vielfältigen Möglichkeiten, um Gewerkschaftsarbeit darzustellen und adressatengerecht zu transportieren.



mens Burzlauff waren sehr an den Meinungen und Ideen des Fachbereiches Verwaltung interessiert. Der erste Tag endete mit einem gemeinsamen Abendessen. Hier konnten die Teilnehmer untereinander in lockerer Atmosphäre „netzwerken“ (auch das gehört zur Gewerkschaftsarbeit dazu) und auch Kontakte mit anderen Berufsgruppen knüpfen. Am folgenden Tag wurden konkrete Strategien entwickelt, um die Gewerkschaftsarbeit zu modernisieren. Ebenfalls wurde die Gelegenheit genutzt, die Trennung zwischen der Aufgabe des Personalrates der Polizei und der Gewerkschaft zu erläutern und hierbei die einzelnen unterschiedlichen Tätigkeitsbereiche zu analysieren. Heutzutage ist es bei der Personalarbeit oder im Fachbereich Verwaltung wichtig, sich mit möglichst vielen Themenfeldern zu beschäftigen: Etwa dem Tarif- oder Beamtenrecht, den einzelnen Tätigkeitsschwerpunkten in den verschiedenen Berufsgruppen der Verwaltung, der modernen digitalen Arbeitswelt mit ihren schnellen Informationen, den Projekten in der Polizei und in der Stadt Hamburg oder dem Fachkräftemangel. Es gibt viele Herausforderungen in der Zukunft, aber es wird auch dadurch nie langweilig in den Aufgabengebieten. Gern möchten wir auch anderen interessierten Mitgliedern die Chance geben, sich als Vertrauensperson einzubringen. Wenn ihr Interesse habt, meldet euch gerne bei Beate Petrou via E-Mail: beate.petrou@dpolg-hh.de. Vielleicht auch nur, um uns unverbindlich kennenzulernen. Gestalte mit uns die zukünftige Gewerkschaftsarbeit der **DPoIG Hamburg**.

Fachbereich Verwaltung



DPoIG: Die Polizei braucht Angestellte im Polizeidienst

Der demografische Wandel in Deutschland führt zu einer immer älter werdenden Gesellschaft und zu einem Mangel an Bewerberinnen und Bewerbern, auch in der Verwaltung der Polizei. Immer mehr Kolleginnen und Kollegen gehen in die wohlverdiente Rente, während die Bewerberzahl bei den Angestellten im Polizeidienst (AiP) dramatisch zurückgeht. Aber nicht nur der Ruhestand sorgt für immer mehr freie Stellen, die besseren Arbeitsbedingungen und die deutlich bessere Bezahlung in den Kommunen sorgen für Abwanderungen der AiP, beispielsweise zu den kommunalen Ordnungsdiensten in Kiel, Neumünster oder Lübeck. Derzeit haben wir insgesamt circa 130 freie Stellen bei den Angestellten im Polizeidienst. Auch dank der Initiative der **DPoIG** bietet die Polizei Hamburg mittlerweile bessere Karriereperspektiven, doch aufgrund

der aktuellen Tarifsituation ist die Tätigkeit als Angestellter im Polizeidienst offensichtlich immer noch nicht attraktiv genug. Wir erkennen an, dass eine Überprüfung der Tarifverträge derzeit nicht erfolgen kann. Stattdessen fordern wir alternative Lösungen ein, um die Attraktivität der AiP-Stellen zu erhöhen. Gemeinsam mit der Dienststelle, dem Personalamt und dem Personalrat der Polizei gilt es, alle Möglichkeiten auszuschöpfen, um Anreize zu schaffen, damit die Nachbesetzung offener Stellen wieder zu vollen AiP-Lehrgängen führt. Dazu gehört unserer Meinung nach die umgehende Ausschreibung der freien Objektführerstellen und zusätzlicher Stellen im Bereich der DGOA „Lokale Präsenz“ in EG 8 sowie der freien Stellen in der Verkehrsdirektion 1 in EG 6 und EG 8. Eine kontinuierliche Ausbildung neuer AiP für den

Objekt- und die Überwachung des ruhenden und fließenden Verkehrs ist unabdingbar. Außerdem setzen wir uns für vereinfachte Einstellungsbedingungen ein, um eine größere Vielfalt an Bewerberinnen und Bewerbern zu ermöglichen. Das bedeutet nicht, dass wir einen Kompromiss in der Qualität eingehen, sondern dass wir die Türen für Talente öffnen, die bisher übersehen wurden. Die **DPoIG Hamburg** steht für eine starke Polizei. Unsere Angestellten im Polizeidienst leisten täglich Großartiges für die innere

Sicherheit. Doch sie verdienen auch eine angemessene Bezahlung und wertschätzende Arbeitsbedingungen. Genau dafür setzt sich die **DPoIG Hamburg** ein, um den häufigen Personalwechsel zu reduzieren. Die Verantwortlichen sind gefordert, ein Umfeld zu schaffen, in dem die Angestellten im Polizeidienst anerkannt werden und ihre beruflichen Perspektiven langfristig planen können.

Fachbereich Verwaltung



© DPoIG Hamburg

Anstieg der Jugendkriminalität

In Hamburg sind im vergangenen Jahr mehr Jugendliche straffällig geworden als im Jahr 2022. Auf rund 5.700 ist die Zahl der jugendlichen Tatverdächtigen im Jahr 2023 gestiegen. Fast genauso stark stieg die Zahl der straffälligen Heranwachsenden (18- bis 21-Jährige).

Auch die Anzahl der Gewalttaten an Hamburgs Schulen ist im vergangenen Schuljahr gestiegen. So seien im Schuljahr 2022/23 insgesamt 261 Kinder, Jugendliche und Beschäftigte Opfer einer bei der Polizei angezeigten Gewalttat geworden, teilte die Schulbehörde mit. Das entspricht einem Anstieg um 23 Prozent im Vergleich zum Schuljahr 2021/22. Die Zahl der



© polizeiberatung.de

mutmaßlichen Täter lag bei 296. In 124 Fällen sei es um gefährliche Körperverletzung, in 13 Fällen um Raub und Erpressung und in 64 Fällen um Sexualdelikte gegangen. Betroffen waren 123 der gut 410 allgemeinbildenden Hamburger Schulen. In Berlin gibt es an jedem Schultag im Durchschnitt mindestens fünf Polizeieinsätze an Schulen. Die Zahlen stiegen zuletzt von 750 im Jahr (2021) über 1.003 (2022) auf 1.076 Einsätze im vergangenen Jahr. ■

> Tatort Schulhof: Die Gewalttaten an Schulen haben deutschlandweit deutlich zugenommen.



Tagesseminar: WSP zukunfts fest aufstellen

Landesvorsitzender Thomas Jungfer ließ es sich trotz eines vollen Terminkalenders nicht nehmen, die Teilnehmer des WSP-Tagesseminars in der Geschäftsstelle zu begrüßen.

Er machte deutlich, wie wichtig es ist, dass die **DPoIG** am Puls der Kolleginnen und Kollegen ist, um Probleme zu erkennen, anzusprechen und Lösungsmöglichkeiten aufzuzeigen. Wichtig bleibt, dass die Mitglieder ihre Gewerkschaft zeitnah über Missstände informieren. Als ersten Referenten konnten unsere Kollegen dann Thorsten Krumm, den „Fuhrparkchef“ der Polizei (LPV 22), begrüßen. Das Thema lautete „Streifenwagen der Zukunft“. Die Funkstreifenwagen und darüber hinaus alle anderen Dienst-Kfz der Hamburger Polizei sind anerkannte Arbeitsplätze. Das garantiert die Einhaltung von Mindeststandards, was zum Beispiel die Fahrzeuggröße, die Sicherheitsausstattung und den Komfort betrifft. Über 1.000 Fahrzeuge – vom Dienstkrad bis zum Survivor HMV – gehören zum Fuhrpark der Polizei. Zwischen 40 und 50 Funkstreifenwagen werden jedes Jahr gekauft. Welches Modell kommt als Streifenwagen infrage? Entscheidend ist die Wirtschaftlichkeitsberechnung: Verbrauch, Reparaturfreundlichkeit, die Ausfalldauer und Restwertberechnung sind entscheidende Parameter für die Anschaffung eines bestimmten Fahrzeugmodells. „Uns ist sehr wichtig, dass wir die Kollegen aus der Praxis in die Entscheidungsfindung mit einbeziehen, denn sie sind es, die täglich mit dem Einsatzmittel arbeiten müssen“, so Thorsten Krumm. Auch wurde die zu hohe Zahl der Schäden an



FuStw angesprochen. Hierbei geht es vom kleinen Kratzer bis zum Totalschaden. Thorsten Krumm appellierte an die Kolleginnen und Kollegen, selbst immer wieder zu reflektieren, wie man Dienstfahrzeuge verantwortlich führt. Im Anschluss referierte der Leiter der Dienststelle Beschwerdemanagement und Disziplinarangelegenheiten (BDMA), Ulf Bettermann-Jennes. Die Dienststelle gibt sowohl den Bürgern als auch unseren Kollegen die Möglichkeit, Missstände (auch anonym) anzuzeigen. Strafrechtlich relevante Sachverhalte werden jedoch weiterhin direkt an das Dezernat Interne Ermittlungen abgegeben. Anhand von Beispielen erläuterte er, welche Folgen das polizeiliche Handeln, aber – und das war sehr interessant – auch das Nichthandeln haben können. So kann eine unterlassene Kontaktaufnahme zu einem Bürger schnell weitreichende Konsequenzen nach sich ziehen. Es wurde ebenfalls auf Symboliken verwiesen, welche die Polizei in der Öffentlichkeit in ein problematisches Licht rücken



können. Zum Hauptaugenmerk von BDMA gehört das sofortige und durchgreifende Handeln bei Rechtsextremismusverdacht von Polizeibeschäftigten. Extremisten und Verfassungsfeinde jeder Couleur haben in der Polizei nichts zu suchen, da gibt es keine zwei Meinungen. Auch der Leiter der Wasserschutzpolizei, LPD André Bertram, nahm sich trotz Termindruck die Zeit, um mit den Kolleginnen und Kollegen zu sprechen. Er unterstrich dabei unter anderem die besondere fachliche Bedeutung der Wasserschutzpolizei innerhalb der Polizei Hamburg. Auch die WSP wird sich auf Veränderungen einstellen müssen, um zukunftssicher aufgestellt zu sein. Dafür ist die AG „Aufgabenkritik“ ins Leben gerufen worden. Dort ist unter anderem die „Grenzpolizeiliche Aufgabenerfüllung“ ein Schwer-

punktthema. Hier sind bereits Veränderungen pilotiert und in das Alltagsgeschäft übernommen worden, das sogenannte RE-GK (Reviereinsatz-Grenzkontrolle). Aber auch für die Unterelbe wurden unter Beteiligung der Mitarbeiter des WSPK 1 und des WSPR 4 Veränderungen herbeigeführt. Hier wird es eine Verschiebung der Reviergrenzen und eine 24/7 kombinierte Bootspräsenz auf der Unterelbe und im Hafen geben. André Bertram wies im weiteren Verlauf darauf hin, dass es Personalbedarf für das neue Hafens-

Sicherheits-Zentrum (HSZ) geben wird. Auf Nachfrage teilte er mit, dass man auch auf die Grundlasten der Reviere schauen wird und muss, um alles bedienen zu können. Aus dem Kollegenkreis kamen noch weitere Fragen zur Zukunft der WSP auf. Zum einen ob durch die Umstrukturierungen Aufgabenbereiche der WSP entfallen und zum anderen ob die organisatorische Eigenständigkeit in Gefahr sei. Beides wurde durch WSPL klar verneint. Die Nachwuchsgewinnung sei natürlich von zentraler Bedeutung. Zum jetzigen Zeitpunkt zeige die Personalkurve jedoch nach oben. Das war ein tolles Seminar – wir bedanken uns ganz herzlich bei den Referenten, dass sie sich die Zeit genommen haben, um mit uns ins Gespräch zu kommen.

Fachbereich WSP





Personalräte begleiten Kräfte zur Münchner Sicherheitskonferenz

Vom 16. bis zum 18. Februar 2024 fand die diesjährige Münchner Sicherheitskonferenz statt. Bereits zum 60. Mal trafen sich in der bayerischen Landeshauptstadt unter anderem Staats- und Regierungschefs, um die aktuelle Sicherheitslage zu analysieren. Zu den Teilnehmern zählten diesmal die amerikanische Vizepräsidentin Kamala Harris,

US-Außenminister Antony Blinken, der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj und Bundeskanzler Olaf Scholz. Vor dem Hintergrund der gegenwärtigen weltpolitischen Lage mit den bewaffneten Konflikten in der Ukraine und im Gazastreifen barg die Konferenz ein hohes Gefährdungspotenzial mit einer entsprechenden Schutzbe-

dürftigkeit. Aufgrund eines Unterstützungsersuchens der Polizei Bayern entsandte die Polizei Hamburg zwei Hundertschaften der Bereitschaftspolizei und eine Hundertschaft der Alarmabteilung. Zur Betreuung der Kolleginnen und Kollegen vor Ort begleiteten die freigestellten Personalratsmitglieder Andreas Reimer und Ronald Helmer die eingesetzten Kräfte mit nach München. Die Unterbringung der Einsatzkräfte in den Hotels sowie die Verpflegung während des Einsatzes boten keinen Anlass zur Kritik. Die Aufgaben der Zu-



© Ronald Helmer (2)

gangskontrollen zum Veranstaltungsort, Raumschutz und die Begleitung von Demonstrationen an den Tagen der Sicherheitskonferenz wurden von den Hamburger Kräften gewohnt souverän und professionell abgearbeitet. In Gesprächen mit den Kräften vor Ort konnten sich die Personalräte um Anliegen der Kolleginnen und Kollegen kümmern und aufkommende Fragen beantworten.



> Ruhestand*

Folgende Kollegin und folgender Kollege sind zum 31. Januar 2024 in den Ruhestand gegangen:

Verwaltung

AiPin Ursula Gruber PK 34

Schutzpolizei

PHK Kai Dettmann SP 11

Folgende Kollegen sind zum 29. Februar 2024 in den Ruhestand gegangen:

Schutzpolizei

PHK Torsten Falinski PK 38

PHK Kai Grabosch PK 23

PHK Martin Krzoża PK 46

PHK Stefan Weber PK 46

POK Ralf Carsten PK 23

POK Wolfgang Reimann VD 4

POK Thomas Riedel PK 46

Landeskriminalamt

KHK Thorsten Schultz LKA 75

*Ruhestandsdaten werden nur veröffentlicht, wenn eine Einverständniserklärung vorliegt.

> Social-Media-Fundstück

Instagram-Fundstück des Monats



© Pixabay



hamburgerhafen
Hamburger Hafen



Gefällt 250 Mal

hamburgerhafen Ein neues Schiff für den Hamburger Hafen! 🚢👍 Die Flotte Hamburg startete ins neue Jahr mit der Auftragsvergabe für ein neues Lotsenversetzschiff. Den Zuschlag für den Bau des rund 18 Meter langen Schiffes, das künftig den Namen „Hamburg Pilot 1“ tragen wird, erhielt das estnische Schiffbauunternehmen Baltic Workboats AS.